

Überbeter Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Überbeter Volksbote“ erscheint täglich, nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postzeitung oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 227.

Freitag, den 27. September 1918.

25. Jahrg.

Sozialdemokratie und Mehrheitsparteien.

Die fünf Reden, die am Dienstag im Hauptauschuh des Reichstages von Regierungsvertretern, dem Reichskanzler an der Spitze, dem Vizekanzler am Schluß, gehalten worden sind, haben eine Klärung der innerpolitischen Situation noch nicht gebracht, und in mehreren Berliner Blättern begegnen wir der Auffassung, daß die Krise noch nicht behoben, sondern nur aufgeschoben sei. Ihr Bestehen ist ja bis vor kurzem von einigen Seiten auch noch geleugnet worden, und wer als ganz Unbefangener den Verhandlungen des Hauptauschuhes am Dienstag beiwohnte, konnte vielleicht aus ihnen die Vermutung schöpfen, daß es eine Krise nicht gebe. Die Reden kamen ja vorläufig alle von einer Seite und wurden meist mit völliger Ruhe und ohne demonstrativen Beifall aufgenommen. Aber auch nur an vereinzelten Punkten regte sich Widerspruch, der erkennen ließ, daß die Rede der Aufnahme nicht als ein Beweis etwa für allgemeine Zufriedenheit mit der Regierung und ihrer Politik angesehen werden könne. Es steht vielmehr ziemlich fest, daß auch im Zentrum, wo man den Grafen Hertling, wenigstens im gegenwärtigen Moment, nicht fallen lassen will, der Wunsch nach einer aktiveren Tätigkeit der Regierung besteht und daß man dort einer stärkeren Einflußnahme des Reichstages auf die Gestaltung der Politik im Sinne der Mehrheitsparteien nicht abgeneigt ist.

Daß man am Dienstag im Hauptauschuh nicht mehr in die Debatte eintrat, ist wohl weniger dem Umstande zuzuschreiben, daß man, wie am Dienstag nachmittag geschah, erst noch mit dem Staatssekretär v. Sinsge vertrauliche Aussprache pflegen wollte, als der Tatsache, daß am Morgen desselben Tages die Beschlüsse der sozialdemokratischen Fraktion veröffentlicht wurden über die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie eventuell bereit sein würde, sich an der Regierung zu beteiligen. Die Beschlüsse selbst können für die übrigen beiden Mehrheitsparteien keine besondere Überraschung gewesen sein, da die Fragen auch in den interfraktionellen Besprechungen schon erörtert worden waren, freilich ohne zu einer abschließenden Verständigung zu kommen. Die Veröffentlichung aber stellte die Mehrheitsparteien in gewisser Weise vor eine vollendete Tatsache, zu der die anderen Parteien nicht sofort die richtige Stellung finden konnten. Das war wohl entscheidend für den Wunsch, die Aussprache über die Regierungsaussagen hinauszuschieben, um erst unter sich sich nochmals mit den Fragen zu beschäftigen, zumal sich aus den sozialdemokratischen Bedingungen für die Teilnahme an der Regierung ergibt, daß die Regierung Hertlings dafür nicht in Frage kommen kann. Damit ist eine, wenigstens beim Zentrum, wohl vorhandene Hoffnung zertört worden. Warum eine Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen kann, ist von uns bereits dargelegt worden. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hatte die Zentrumsfraktion schon am Montag abend einstimmig beschlossen, sich an einer Agitation gegen den Reichskanzler nicht zu beteiligen; sie würde aber nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Sozialdemokraten in die Regierung eintreten sollten. Dieser Beschluß, meint das „Tageblatt“, sei eigentlich schon eine Antwort auf die sechs sozialdemokratischen Bedingungen. Und zwar eine ablehnende. „Da die Sozialdemokratie nur in eine „etwa neuzubildende Regierung“ eintreten will, also nach Hertlings Abgang, das Zentrum sich aber nicht „an der Agitation gegen den Reichskanzler“ beteiligen will, ist hier eine deutliche Klüftung vorhanden, die zu überbrücken die Fortschrittler als Mittelpartei in der Mehrheit berufen wären.“

Die ebenfalls fortschrittliche „Berliner Volkszeitung“ macht der Sozialdemokratie die Veröffentlichung der Bedingungen zum Vorwurf. Sie erklärt: „Die Taktik, die die Sozialdemokratie hier einschlägt, ähnelt doch sehr bedenklich der Wilsonschen Friedenstaktik. Was die Sozialdemokratie sachlich verlangt, das ist auch nach unserer Meinung ein Mindestprogramm. Aber gerade wenn man solche Forderungen für nützlich und erstrebenswert hält, darf man ihre Verwirklichung nicht dadurch erschweren, daß man taktisch den anderen Parteien die Lage aufzwingt, daß sie sich gewissermaßen einseitigen Forderungen zu fügen haben. Das führt in der Weltpolitik nicht zur Verständigung und erschwert auch das Hand-in-Hand-Arbeiten in der deutschen Reichspolitik. Die Fragen hätten zum Gegenstand einer vertraulichen Aussprache in der interfraktionellen Besprechung gemacht werden können, die Sozialdemokratie konnte sie sachlich dort als ihre Mindestforderungen bezeichnen, veröffentlicht werden durften sie aber erst, nachdem sie entweder gemeinsames Programm geworden oder aber gefallen waren. Daß sie der „Vorwärts“ jetzt herausbringt als gespannte Pistole, die die sozialdemokratische Mehrheitspartei den anderen Parteien auf die Brust legt, zeigt, daß die Sozialdemokratie auch lebenswichtige Fragen noch unter dem agitatorischen Gesichtswinkel behandelt. Es ist unnötig; zu sagen, daß wir gleichwohl der Meinung sind, die Mehrheitsparteien sollen sich nicht an die ungeschickte Form des sozialdemokratischen Vorgehens stoßen, sondern sich angefaunt auf den Boden der sechs Punkte stellen.“

Rehnlisch meint auch das „Berliner Tageblatt“: „Die sozialdemokratischen „Bedingungen“ haben die Parteien zunächst nicht zu Beschüssen kommen lassen. Wir glauben

aber nicht, daß es richtig ist, wenn behauptet wird, daß das Zentrum die Bedingungen scharf ablehne. Innerhalb der Mehrheitsparteien ist das Gefühl der Verantwortung durchaus entwickelt, daß gerade im Sinne der inneren Geschlossenheit eine Zusammenfassung aller moralischen Kräfte notwendig ist, um die gegenwärtige Zeit erfolgreich zu überstehen. Wie die Dinge nun einmal liegen, gehört dazu ein politisches Programm, wie es die Sozialdemokratie angenommen hat.“

Diese Anerkennung der Notwendigkeit eines politischen Programms für eine Regierung, deren Politik Erfolg versprechen soll, läßt noch auf eine Verständigung hoffen; sie zeigt aber auch, daß die erhobenen Vorwürfe unberechtigt sind. Ueber das Zusammenarbeiten der Parteien mit der Regierung muß naturgemäß eine Verständigung unter den Parteien und zwischen diesen und der Regierung stattfinden. Ob aber eine Partei wie die Sozialdemokratie, die bis zum Kriegsausbruch zu der Regierung in schärfster Opposition gestanden hat, die auch im Kriege sehr viel über die Regierung, auch über die gegenwärtige, zu Klagen hatte, unter dem Zwang der Umstände an der Regierung sich beteiligen kann und soll, darüber kann selbstverständlich auch nur sie selbst entscheiden und auch nur sie allein kann über die Bedingungen entscheiden, unter denen sie es für möglich und erpresslich hält. Diese Voraussetzungen haben die sozialdemokratische Fraktion und der Parteausschuh unter Würdigung aller aus der schweren Situation für Land und Volk sich ergebenden Pflichten ausgesprochen und mit der Veröffentlichung bekannt, daß sich darüber nicht feilschen läßt, unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Regierungspolitik übernehmen kann. Im Zentrum scheint man freilich der Meinung zu sein, daß sich darüber noch handeln lasse. Die „Germania“ meint:

„Nachdem die Sozialdemokratie einmal gestern durch den Mund Scheidemanns sich zur Pflicht bekannt hat, an der Organisation der nationalen Verteidigung mitzuarbeiten, solange der Friede auf ehrenvoller Grundlage unmöglich ist, wird sie nicht umhin können, alles das aus ihren Forderungen und ihrem Vorgehen auszuschalten, was etwa nach einseitiger Parteipolitik ausschauen würde. Denn eine solche ist mit dem Programm der Zusammenfassung aller Kräfte unvereinbar.“

Von einseitiger Parteipolitik kann in den aufgestellten Bedingungen keine Rede sein. Die Anerkennung der Pflicht, alles zu tun, um den feindlichen Vernichtungswillen zu brechen und den Frieden baldmöglichst herbeiführen zu helfen, schließt nicht unbedingt die Notwendigkeit ein, daß auch Sozialdemokraten in der Regierung sitzen. Besondere Ursache, sich danach zu drängen, hat die Sozialdemokratie nicht, denn sie erkennt sehr richtig an, daß sie als Minderheit in der Regierung eine sehr unsichere Stellung haben müßte und leicht in die Lage kommen könnte, etwas mitverantworten zu müssen, was sie absolut nicht verantworten könnte. Das müßte sie ablehnen und damit könnte im kritischsten Moment die Regierung gepregelt werden. Um solche Möglichkeiten zu verhüten, müßte die Sozialdemokratie in den aktuellsten Fragen der inneren und äußeren Politik sich die nötige Sicherheit schaffen, daß sie nicht in solche Situation hineingetrieben werden kann. Scheitert daran die Teilnahme an der Regierung, die für uns an sich nicht lochend ist, so wird das zu ertragen sein.

Ueber die Mittwochssitzung des Ausschusses wird uns aus Berlin geschrieben:

„Aldenteufel und Reaktionäre haben erleichtert aufgeatmet, als ihnen das sozialdemokratische Mindestprogramm bekannt wurde: das könne doch das Zentrum unter keinen Umständen annehmen, und auf der anderen Seite trete die Sozialdemokratie keinesfalls in eine Regierung Hertling ein. Unter diesen Umständen glaubten sie sich der Gefahr überhoben, die sie in einer zielbewußten Regierung der Mehrheitsparteien für Frieden nach außen und Fortschritt im Innern erblickten.“

Die Freude war vorzeitig. Zwischen Zentrum und Sozialdemokratie besteht zweifellos im Augenblick eine Meinungsverschiedenheit, insofern das Zentrum Hertling noch hält — wie die Fortschrittler Herrn v. Bayer — während die Sozialdemokratie den Eintritt von Vertrauensleuten der Partei in diese Regierung unter keinen Umständen gutheißen könnte. Aber im Kern der Grundanschauung sind sich die Mehrheitsparteien durchaus einig.

Die Reden Gräbers, Scheidemanns und Fischbeds im Hauptauschuh stimmten völlig überein, daß der Kardinalfehler der deutschen Zustände die Schwäche der Zivilregierung gegenüber dem Militär ist. Nicht als ob irgend ein Mensch in Deutschland wünsche, daß die Politiker der Obersten Heeresleitung in ihre strategischen Pläne hineinreden. Aber sie verlangen einmütig, daß die politische Richtung lediglich von den politischen Faktoren bestimmt und von keiner militärischen Stelle durchkreuzt wird.

Den ärgsten Uebelstand bildet die Wirtschaft gewisser Militärs in der Etappe und in der Heimat. Ein sehr großer Teil des hohen Offizierskorps entstammt den Kreisen, welche vor dem Krieg das Monopol auf die innere Verwaltung Preußens hatten und dort ausgesprochen junkerlich herrschten. Diesen alldeutsch-konserverativen Geist haben sie auch in ihre gegenwärtigen Stellungen übernommen, in denen sie ziel-

sach politische Maßnahmen zu treffen hatten. Einzelne Generalkommandos haben noch immer nicht darauf verzichtet, ihre Abneigung gegen den Verständigungsfrieden und das gleiche Wahlrecht durch Maßnahmen gegen die Politik der Reichsregierung namentlich auf dem Gebiet des Versammlungsrechts und der Zensur kundzutun. Trotz aller Erklärungen, daß zwischen Oberster Heeresleitung und Reichskanzler volle Einmütigkeit herrsche, ist es diesem bisher nicht gelungen, den Skandal zu überwinden, daß militärische Instanzen die Anhänger der Regierungspolitik im Lande drangsaliieren. Das Ausland hat in derartigen Erscheinungen den bequemsten Vorwand für seine Behauptung gefunden, daß man der Regierung und dem Reichstag nicht trauen dürfe; die wirkliche Macht hätten doch ganz andere Kreise. Ueber davon ganz abgesehen ist im Lande selbst das Vertrauen zur Regierung durch derartige Vorkommnisse schwer erschüttert worden.

Diese von allen Seiten geübte Kritik beweist zugleich die Richtigkeit der sozialdemokratischen Mindestforderungen. In welche Lage käme die Sozialdemokratie, wenn ihre Vertreter in der Regierung sitzen, und die Eigenmächtigkeiten einzelner Generalkommandos und Militärverwaltungen im besetzten Gebiete fort dauerten! Ehe sie Verantwortung übernimmt, muß sich die Sozialdemokratie unbedingt davor schützen, daß sie tatsächlich machtlos bleibt.

Die Entscheidung wird schwerlich schon in dieser Tagung des Hauptauschuhes fallen. Aber je früher die Mehrheitsparteien klare Verhältnisse schaffen, um so besser für das deutsche Volk. Die unbedingte Ueberlegenheit der politischen Leitung in allen politischen Fragen und die Beschränkung der Militärgewalt auf das eigentliche Gebiet der Kriegführung sind die Vorbedingungen zur Befestigung jener Ergebnisse, welche die Volkstimme niedergedrückt haben. Trotz augenblicklicher taktischer Meinungsverschiedenheiten sind die Mehrheitsparteien einig, hierin Wandel zu schaffen. Die Sozialdemokratie wird weiter darauf drängen, daß sie diesem Ziele mit der nötigen Energie zustreben.

Die politische Debatte im Hauptauschuh.

Bei Beginn der Sitzung am Donnerstag ergriff sofort der Reichskanzler das Wort, um zu erklären, daß die Beschwerden, die gegen die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht vorgebracht wurden, von ihm als begründet anerkannt werden müssen. Es sei nicht zu billigen, wenn in gewissen Korpsbezirken Verbote erlassen seien, wonach über die Wahlrechtsvorlage nicht gesprochen werden dürfe. An den materiellen Befugnissen, welche das Belagerungszustandsgesetz der vorkriegsziehenden Gewalt überträgt, könne nach seiner Meinung in Deutschland ebensowenig gerüttelt werden, wie dies in den anderen kriegführenden Staaten geschieht. In Erwägung der verschiedenen Wege, die zu einer Besserung führen können, erscheine folgendes als nächstliegend: ein Eingriff in die Kommandogewalt, durch die die Zuständigkeit der Militärbehörden entsprechend eingeschränkt wird, oder eine Veränderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, das die den militärischen Instanzen seither allein zugewiesenen Aufgaben je nach deren Charakter zwischen allein und den in Friedenszeiten berufenen bürgerlichen Behörden geteilt werden, aber endlich die Einfügung ausreichender bürgerlicher Elemente in die zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen. Wie weit diese Veränderung sich vollziehen lassen werde, ließe sich momentan nicht sagen. Aber er sei gewillt, mit aller Energie darauf zu dringen, daß berechtigte Beschwerden abgestellt werden.

Abg. Graf Westarp behauptet, die Zustimmung auf dem Lande sei auf die Zwangswirtschaft zurückzuführen, die nach dem Stillestand der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geführt wird. Redner beklagt sich dann darüber, daß der Ausschuh einberufen sei, ohne die Vertreter der Konserverativen gehört zu haben. Er ging dann auf die sozialdemokratischen Bedingungen für den Eintritt in eine Regierung ein und wandte sich ganz entschieden dagegen, daß eine Demokratisierung unseres Staatslebens eintreten solle. Dieser Schritt müsse schließlich zur Auflösung des Staates selber führen. Redner verteidigt dann den Erlaß des Kriegesministeriums, der nur gegen die pazifistische internationale Agitation gerichtet war. Er warnt dann vor der großen Gefahr, die darin liege, daß man den Gegnern Schritt für Schritt mit Zugeständnissen immer wieder entgegenkomme. Der Vizekanzler v. Bayer und der Staatssekretär Solf hätten sich mit ihren Reden ebenfalls auf diese schiefe Bahn begeben. Auf Belgien dürfe ebensowenig verzichtet werden als auf eine Kriegesentscheidung. Wir wollen deshalb weiterkämpfen, bis die Gegner bezwungen sind und sich zum Frieden bereit erklären. Die innere Politik dürfe unter keinen Umständen darauf eingestellt werden, die Sozialdemokratie bei der Stange zu halten, sonst stoße man andere Parteien zur Seite. Auf die Offiziere eingehend meint der Redner, daß die Frage der Personalunion der Offiziere mit Preußen nicht ausgesetzt werden dürfe. Der zukünftige Völkerbund entspreche nicht unseren Interessen, er sei nur ein schöner Gedanke, der praktisch niemals durchführbar wäre.

Vorsitzender Abg. Ehrert stellt gegenüber einer Bemerkung des Grafen Westarp fest, daß er sich den Vereinbarungen mit dem Seniorenkommitee gemäß mit dem Präsidenten des Reichstages wegen der Einberufung des Ausschuhes ins Einvernehmen geeinigt habe, also vollkommen loyal vorgegangen sei. Abg. Freiherr v. Gamp beklagt sich darüber, daß die konservativen Parteien von der Vorbereitung der Arbeiten ab-

Reichstages ausgeschlossen sind. Redner wandte sich gegen die Parlamentarisierung und bemerkt, solche Dinge, wie sie in diesen Tagen vorgebracht sind, könnten vorkommen, sie an die große Glocke zu hängen, sei aber nicht patriotisch. In der preussischen Wahlrechtsfrage sei mit einer Verständigung zu rechnen. Würde man aber den preussischen Landtag auflösen, so würde das eine Entrechtung der Soldaten bedeuten, die nicht in der Lage sind, am Wahlkampf teilzunehmen.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäuser erklärt dann, die Vorbereitung der Erweiterung der Landräte in den Ostgebieten sei abgeschlossen. Man wolle auch solche Volksteile mit hinzuziehen, die bisher nicht vertreten sind. Daß den Littauern, die in Berlin waren, von der Verwaltung verboten wurde, mit Abgeordneten in Verbindung zu treten, sei nicht richtig.

Hg. Ledebour bemängelt, daß nicht nur der Ausschuß so spät zusammengetreten ist, sondern daß auch nicht gleich der Reichstag einberufen wurde. Wir haben im Reiche eine gewaltige Krise und bei deren Lösung müsse der Reichstag unter allen Umständen mitwirken. Redner stellt den Antrag: „Der Ausschuß wolle beschließen, den Präsidenten zu ersuchen, den Reichstag sogleich einzuberufen.“ Daß mit der Parlamentarisierung unseres politischen Lebens Ernst gemacht werde, sei allerhöchste Zeit. Die jetzige Krise beschränke sich ja auch nicht auf die Parteien, denn in Wirklichkeit ständen wir heute vor dem Zusammenbruch des bürokratisch-militärischen Systems. Wenn man den Generalkommandos ein paar Polizeiseiten beigebe, dann werde an dem System absolut nichts geändert. Der Kanzler hätte, als er von dem Erlaß des Kriegsministers erfuhr, sofort die Entlassung des Kriegsministers fordern müssen. Könnte er das nicht durchsetzen, dann müßte er zurücktreten. Redner bespricht dann eingehend die Vorgänge in der Wählerversammlung der Unabhängigen in Berlin. Der Berliner Polizeipräsident hätte sofort abgesetzt werden müssen. Daß Belgien entschädigt wird, sei eine Selbstverständlichkeit, denn es sei nicht aus der Welt zu schaffen, daß Belgien Unrecht geschähe sei. In den Oststaaten habe man das Selbstbestimmungsrecht der Völker geradezu mit Füßen getreten. Die dortigen Landesvertretungen seien alles, nur nicht der Ausdruck des Volkswillens. Eine definitive Regelung sei erst bei einem allgemeinen Friedensschluß möglich. Die deutsche Bureaucratie habe es jedenfalls verstanden, alle Sympathien für Deutschland zu befeitigen. Die Parlamentarisierung sei in Deutschland nicht mehr länger anzuschließen, die Macht der Entscheidung müsse in der Volksvertretung liegen und die Regierung dürfe nur noch der Verwaltungsausübung des Parlaments sein.

Hg. Sedwa (Pole) hält dem Reichstagsvor, daß unter seiner Herrschaft sich in der Polenpolitik nichts geändert habe. Die Verhältnisse, wie sie sich im Osten gestaltet haben, seien vollkommen unhaltbar. Die Friedensverträge im Osten und in Rumänien seien ausgeprochene Gewaltverträge, die nicht von Dauer sein könnten. Im Osten habe man die Industrie vernichtet, die Landwirtschaft ausgepreßt und die Arbeitskräfte fortgeführt. Auf diese Weise werde man die Bevölkerung nicht dazu bringen, Deutschland freundlich gegenüberzustehen. Es wäre besser gewesen, die Ukraine bei Rußland zu lassen. Die polnische Frage sei eine internationale Frage von größter Wichtigkeit. Am Freitag geht die Aussprache weiter.

Was der Krieg bringt.

Geschickter französischer Durchbruchversuch. WTS. Berlin, 26. September. (Amtlich.) In der Schamagne, und im Süden der Argonnen und der Maras haben auf breiter Front französisch-amerikanische Angriffe nach eifrigster Geneserbereiung begonnen. Der Durchbruch des Feindes ist vereitelt. Der Kampf um unsere Stellungen dauert an.

Ein bulgarisches Waffenstillstandsangebot.

Aus Serbien wird gemeldet: Es liegen Nachrichten vor, wonach von dem bulgarischen Ministerpräsidenten Malinow an den Führer der gegen Bulgarien operierenden Entente-Truppen das Angebot eines Waffenstillstandes gerichtet worden sei. Wie gemeldet wird, ist Herr Malinow mit diesem Angebot auf eigene Hand, ohne Zustimmung des Königs, des Parlaments und der bulgarischen Regierung vorgegangen. In den bündestreuen Kreisen Bulgariens hat dieses Vorgehen Malinows große Erregung hervorgerufen. Militärische Maßnahmen zur kraftvollen Unterstützung der bulgarischen Front sind im Gange. Eine Gegenbewegung gegen den Ministerpräsidenten Malinow macht sich, nach den letzten Nachrichten aus Sofia zu urteilen, bereits geltend.

Wenn die Geschichte nicht so juristisch ernst wäre, dann könnte man darüber lachen. Also der bulgarische Ministerpräsident macht dem Gegner, ohne sich mit den zuständigen Stellen vorher verständigt zu haben, ein Waffenstillstandsangebot. Und das just zu einer Zeit, wo die Entente-Truppen den Bulgaren gegenüber nicht unwesentliche Vorteile erzielt haben. Der Zweck des Malinow'schen Vorgehens liegt unter diesen Umständen jenenklar zutage. Auffällig ist, daß nicht zugleich mit der obigen Meldung die Nachricht von der Entlassung Malinows als bulgarischer Ministerpräsident kommt. Das zwingt zu ganz eigenartigen Schlüssen. Doch warten wir zunächst nähere Nachrichten ab, bevor wir zu der Angelegenheit ausführlicher Stellung nehmen werden.

Im Anschluß an die Meldung von dem Friedensschritt Malinows schreibt die „Post“: Gestern nachmittag wurde während der Rede des Abgeordneten Ledebour die Sitzung des Hauptausschusses unterbrochen, weil Staatssekretär v. Hingge den Mitgliedern des Ausschusses über wichtige außenpolitische Nachrichten, die eingegangen waren, Mitteilung zu machen hatte. Im Zusammenhang mit diesen Mitteilungen wurden die für gestern abend anberaumten Sitzungen der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei verschoben.

Rußland und die Entente.

Wie der „Times“ aus Petersburg gemeldet wird, haben die Sowjets in Petersburg und Kronstadt sich in einer Entscheidung für den sofortigen Kriegszustand mit der Entente ausgesprochen.

Ein Gebot der Stunde.

Eine Meldung des Wiener Telegraphen-Ber. besagt: Die Zeitung „Mit“ meldet die Zurückziehung des Befehls über den Russen-Terror. Im Zentralkomitee ist die Frage des Terrors

erörtert worden, wobei Lenin den dringenden Wunsch aussprach, wieder zu den guten Methoden der Revolution zurückzukehren. Die Mehrheit habe sich ihm angeschlossen.

Wir wollen wünschen, daß diese Nachricht zutrifft. Denn es war ein unhaltbarer Zustand, zur Aufrechterhaltung der Bolschewiki-Herrschaft von Massenterror zu greifen. Mit Gewalt kann man auf die Dauer niemals eine Regierung festigen.

Bolschewiki und Menschewiki.

Die Gorki nachstehende Gruppe der linken Menschewiki hat infolge der Ausschöpfung ihrer Führer mit Lenin gleichfalls ihre Haltung geändert und sich bereit erklärt, die Sowjet-Regierung grundsätzlich zu unterstützen, obgleich sie das Programm der Bolschewiki nicht in allen Punkten unterschreiben könne. Diese Einigung ist im Interesse Rußlands nur zu begrüßen.

Rückkehr Litwinoffs nach Rußland.

Reuter meldet aus London vom 26. September: Litwinoff ist heute nacht nach Rußland abgereist. Er wurde von 54 Landsleuten begleitet. Frau Litwinoff und zwei Kinder blieben in London.

Litwinoff war der Vertreter der Sowjetrepublik in England und wurde wegen des bolschewistischen Vorgehens gegen die britische Botschaft in Petersburg in Haft genommen, auf die Drohungen der Sowjetregierung hin aber wieder freigelassen.

Der weiße Schrecken.

Der „Pravda“ wird von glaubwürdiger Seite mitgeteilt: Die Tyrannei der Weißgardisten im Gouvernement Ufa nimmt unerhörte Dimensionen an. Verhaftungen und standrechtliche Erschießungen dauern fort. In manchen Kreisen finden Massenerschießungen statt. Sogar Kinder und schwangere Frauen werden verhaftet. Die Schrecken der blutigen Herrschaft des Leutnants Schalaichoff und des Obersten Moiseef sind unerhört. Sie haben beschlossen, nicht eher zu ruhen, als bis sie alle Bolschewiki im Gouvernement Ufa vernichtet haben werden. Sie prahlen damit, daß sie dasselbe im Gouvernement Perm schon vollbracht haben. Arbeiter und Bauern des Gouvernements Ufa irren, von diesen Weißgardisten terrorisiert, in den Wäldern umher und versuchen auf jede Weise sich mit den Sowjettruppen zu vereinigen.

Die „Iswestija“ hat folgendes Telegramm von der Front erhalten:

Die aus den Kofatengefängnissen befreiten Genossen erzählen erschütternde Einzelheiten über die rohe Behandlung, die sie von den Weißgardisten erlitten haben. Jede Nacht wurde eine ganze Anzahl derer erschossen, die sich geweigert hatten, in die sogenannte „Volksarmee“ einzutreten und verdächtigt wurden, dem Bolschewismus sympathisch gegenüberzustehen. Die Leichen der Erschlagenen wurden von den Brüden in den Fluß Kasanka geworfen, was sogar die Anhänger der Weißgardisten empörte. Viele der befreiten Genossen ergreifen die Waffen und nehmen an dem Kampfe gegen die im Rückzug befindlichen Banden teil. Unter der Arbeiterchaft von Kasan herrscht große Freude über die Befreiung von der Gewalt der Weißen Garde.

Die russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

Der Gesandte der Sowjetregierung in Stockholm, Borowski, erklärte über die russisch-finnischen Friedensverhandlungen, Finnland verlange das ganze Murmangebiet und die Murmanküste, die Halbinsel Kola und Ostkarelien, sowie das russische Staats-eigentum in Finnland. Darauf könne die russische Regierung nur eingehen gegen bestimmte Jugeständnisse in Ostkarelien und der eisfreien Hafen an der Lischingabucht. Falls Finnland den Bewohnern der Alandinseln und den Schweden in Finnland die gleichen Rechte einräume wie den Finnen, dann könnten die finnischen Forderungen bezüglich Kareliens angenommen werden.

Renaudel über die Londoner Konferenz.

In der „Humanite“ protestiert Renaudel, der von London zurückgekehrt ist, dagegen, daß kein einziger seiner telegraphischen und schriftlichen Berichte für das Parteiorgan nach Paris gelangt sei. Die Zeitung habe nur die tendenziösen und gefälschten Berichte der Regierungspresse durchgelassen. Renaudel erklärt, der Vorschlag Comperes über die internationale Konferenz sei einstimmig von allen Delegationen, mit Ausnahme der amerikanischen, zurückgewiesen worden. Dasselbe gelte für den Beschluß über die Postfrage. „Sämtliche Delegationen“, schreibt Renaudel, „sind entsetzt, von den Regierungen der Entente energisch zu verlangen, daß nirgends die Interessen der Demokratie geopfert werden, und daß die gemeinsamen Kriegsziele bekannt gegeben werden, die von allem Imperialismus gereinigt werden müssen.“ Ob die interalliierte Konferenz der Sache des Sozialismus gebietet hat, möchten wir nach allem, was bisher über dieselbe durchgeleitet ist, stark bezweifeln.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 27. September. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean versenkten unsere U-Boote 28 000 Brutto-Registertonnen, darunter drei Tankdampfer von zusammen etwa 18 000 Brutto-Registertonnen, von denen einer als Amerikaner festgestellt wurde. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der geheime Erlaß des Kriegsministers.

Bei dem in der Sitzung des Ausschusses von den Rednern so scharf bekämpften Erlaß des Kriegsministers handelt es sich um ein Schreiben des Herrn v. Stein an die Minister des Innern der Einzelstaaten. Das vom Hg. Straßburg verteilte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Ober-Militärbefehlshaber. Nr. 4678. 18. g. A. C.

Berlin W. 65, den 5. Juli 1916. Die Zentralstelle Völkerecht und die Deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschußmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerversammlungen gebildet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Wo auch dieses Verbot nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geheimer Versammlungen empfohlen. Biersch sollen Versammlungen, zu denen öffentlich eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlungen gestattet werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Weißes Frieden braucht unser Volk.“ Demo ist für die in den

Versammlungen einzubringende Entschließung ein gleichlautendes Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekretärs an.

Die vorgeschriebene Bewegung ist ein neuerlicher Ausfluß des unerwünschten Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. November 1915 Nr. 3740, 15 g. A. C. ersuche ich, die Abhaltung der in Ausfuhr stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.

Hg. v. Stein.

Wie bekannt geworden ist, hat der bayerische Minister des Innern diesem Ersuchen nicht stattgegeben.

Sie stellen sich blind und taub!

Unter der Ueberschrift „Die Feinde und die deutschen Demokratien“ schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ am Mittwoch abend u. a.:

„Seit Beginn des großen Krieges haben Großbritannien und seine Bundesgenossen das Schlagwort vom preussischen Militarismus wieder nach Deutschland importiert und die deutsche Demokratie und Sozialdemokratie hat den Ball freudig aufgefassen, um ihre inneren Machtziele zu erreichen und erklärt mit staatsmännischer Gebärde, unsere Feinde vertrauen eben nur dem deutschen „Volk“. . . . Den Feinden ist nicht zu verdenken, daß sie Deutschland in den Zustand der Wehrlosigkeit und Direktionslosigkeit bringen wollen und sich dabei des billigen Mittels zu bedienen versuchen, nämlich des durch keine Rücksichten eingeschränkten oder bedingten Wachstums der Demokraten und Sozialdemokraten in Deutschland. Billiger könnten sie es in der Tat nicht haben.“

Wir gehören nicht zu den Leuten, die den Artikelschreiber K. (Reventlow) für ein politisches Licht ansehen, aber wir vermögen Herrn K. doch die hier zur Schau getragene politische Blindheit nicht zu glauben. Sollte er wirklich noch nicht wissen, um was es heute geht? Oder sollten er und seine Auftraggeber die Weisheit haben, die Rolle der Blinden durchzuführen und dann zu der Rolle überzugehen, die die preussischen Junker schon einmal in einer politisch kritischen Zeit gespielt haben?

Die Siegerin im Weltkrieg.

In Berlin fand am Dienstag abend eine große Kundgebung des Hansabundes für die sofortige Beseitigung der Zwangswirtschaft nach Friedensschluß statt. Der Hauptredner, Dr. Walb-schmidt, Direktor der Loeweschen Fabriken, der nach einer Aussprache die Rede ergriff, brachte die bekannten menschlichen und kapitalistischen Argumente vor zur Verteidigung der freien Konkurrenz gegenüber dem Sozialismus, bei dem sich nichts verdienen läßt. Von größerem Interesse waren einige Neuankömmlinge, die der Redner anlässlich einer Betrachtung tat, ob die jetzige „sozialistische“ Richtung der Liberalen Richtung den Garaus machen würde. Er sagte, die Sozialdemokratie werde auch weiter die stärkste Partei im Reichstag sein. Sie habe im Kriege einen inneren Sieg nach dem anderen errungen und sei bisher die einzige Siegerin im Weltkrieg.

Zum Kummer des Direktors der Loeweschen Fabriken wird die Sozialdemokratie sich erst recht nach dem Weltkrieg als Siegerin behaupten.

Die Steuerleistung im Kriege.

Das Königlich Preussische Statistische Landesamt hat im Auftrage des Finanzministeriums die Statistik der preussischen Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1917 bearbeitet und die Nachweisungen in einer umfangreichen Druckschrift veröffentlicht. Bekanntlich wird das steuerpflichtige Einkommen der Lohnarbeiterschaft genau erfasst, weil die Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet sind, der Steuerbehörde die Lohnnachweise zu liefern. Den übrigen Steuerpflichtigen (Zensiten) ist aufzugeben, ihr Einkommen selbst steuerlich zu bewerten, und es ist öffentliches Geheimnis, zudem durch markante Steuerhinterziehungsprozesse sattsam bekräftigt, daß es für Selbstverschäfer allerhand Mittel gibt, mit deren Hilfe sie der Steuerbehörde gegenüber ärmer erscheinen als sie wirklich sind.

Im allgemeinen ergibt sich aus ihr, daß 1917 von je 1000 Einwohnern Preußens 203,01 einkommensteuerfrei bleiben mußten, weil ihr Einkommen den Jahresbetrag von 900 Mk. nicht überstieg! Im Jahre 1913 waren es 198,4 pro 1000, mithin hat sich im dritten Kriegsjahr die Zahl der Preußen, deren Einkommen sich unter das von der staatlichen Steuerbehörde anerkannte Existenzminimum hielt, vermehrt gegen das letzte Friedensjahr. Nur in den Landgemeinden mit bis 2000 Einwohnern ist 1917 die Zahl der Empfänger des steuerfreien Einkommens zurückgegangen. Die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber hat ihre Einkommenverhältnisse bedeutend verbessert, ohne daß sie für die wichtigsten Lebensmittel die hohen Preise zahlen müssen, die der großstädtischen und industriellen Bevölkerung aber verlangt werden. Von je 100 Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaften verfeuerten 1917 beispielsweise ein Einkommen von über 3000 Mk. in den vorwiegend oder rein agrarischen Regierungsbezirken: Ostl. 5,36, Straßl. 5,11, Westl. 4,30, Sächs. 6,57, Städt. 6,19, in dem großindustriellen Oppeln nur 3,47, in Arnberg 5,86. Die prozentual stärkste Zunahme der Zensiten mit Einkommen von 3000 bis 10 000 Mark ging 1917 in den Landgemeinden von bis 2000 Einwohnern vor sich. Berücksichtigt man dazu, was auch schon offiziös über die oft mehr als dürftige steuerliche Erfassung des agrarischen Einkommens beklagt worden ist, dann darf man ruhig sagen, daß im großen und ganzen die agrarischen Betriebsinhaber aus der Kriegswirtschaft bedeutenden Nutzen gezogen haben.

Rußlands Handelsflotte in der Ostsee.

108 Jahre verstrichen seit dem Tage, an dem das erste russische Handelsfahrzeug, von Werd erbaut, im finnischen Meerbusen von Stapel lief. Seitdem wuchs die russische Handelsflotte fortwährend und erschloß immer neue Seewege. Die Bedeutung der Flotte für den Staat ist unbestritten groß. In Rußland herrschte die irrtümliche Ansicht vor, daß Rußland hauptsächlich auf Landwege angewiesen sei. Die folgenden Angaben sprechen eine deutliche Sprache:

Jahr.	Der gesamte Warenverkehr	Der Seehandel	% Verhältnis d. Seeh. z. Kontinentalhandel
1905	1 790 Millionen	1 150 Millionen	67
1908	1 900 „	1 200 „	63
1911	2 750 „	1 600 „	60

Zwei Drittel des gesamten Außenhandels also wurden auf dem Seewege exportiert. Wie sich die Zukunft gestalten wird, ist natürlich augenblicklich schwer zu sagen. Jedenfalls bilden die Loslösung der Ukraine, deren Produktion einen wesentlichen Teil der russischen Ausfuhr bildete, und der Verlust der Ostseehäfen höchst ungünstige Faktoren. Petragrad und Kronstadt sind noch die einzigen Häfen, die Rußland im Baltischen überlassen sind. In der Vorkriegszeit (1910) belief sich der Warenverkehr der russischen Häfen (ohne Finnland) auf 800 Millionen Rubel. Der

Außenhandel aber der für Russland außerordentlich wichtigen Häfen wie Riga, Reval, Wibau, Windau, die jetzt Russland genommen sind, betrug 520 Millionen Rubel. Eine Höhe von 35 % des früheren holländischen Außenhandels Russlands würde demnach doch noch zu erreichen sein, wenn auch Russland nur einen schmalen Küstenstreifen im Finnischen Meerbusen behält. Die übrigen Gebiete 35 % müssen aber von der nationalisierten Flotte ausgeht werden. Bisher vollzog sich der russische Seeverkehr hauptsächlich unter fremdländischer Flagge. Nur 12 % der Waren wurden unter russischer Flagge auszuführen. Künftig aber sollen auch die restlichen 88 % der Ladungen von der russischen nationalisierten Flotte geleistet werden. Einsteuern aber können die wenigen russischen Schiffe selbst nicht einmal die verminderte, auf 35 % des früheren Umfangs gesunkene Frequenz erbringen. Im Baltischen zählte man russischerseits 600 000 Register-Tonnen, 2/3 dieser Register-Tonnenzahl gehörte den Finnländern. Nachdem neuerdings die Finnen 70 russische Schiffe genommen haben, sind die Schiffsbestände wesentlich vermindert. Um die russische Handelsflotte wieder vergrößern zu können, damit die auf die Flotte gestellten Hoffnungen wirklich erfüllt werden, wird von einer interessierten Seite vorgeschlagen, die ganze Bevölkerung, die am Aufbau der russischen Handelsflotte interessiert ist, der Handelsflotte, die den gesamten Verkehr, die die gesamte Ausfuhr selbstständig unter russischer Flagge zu erledigen hätte, mit einer Abgabe zu belegen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 27. September.

Nachtsicht.
Wenn die Dämmerung das helle Tageslicht von den Straßen verdrängt, der Himmel aus Blau ins Blau-Violette zu spielen beginnt und die Luft kühlter weht, steht zu Gruppen von Männern und Frauen, von Burden und Mädchen die Straßen heraufziehen, die alle vor dem Tor einer Fabrik münden. Dort stehen sie noch kurze Weile zusammen, plaudern von vielem, was Welt und Menschen bewegt, und denken alle doch nur an die Nacht voll Arbeit, die im Westen heraufzieht.

Um 7 Uhr tharzen die eisernen Torflügel der Fabrik weit auf und speien einen Menschenstrom aus. Die Tagelicht ist fertig und räumt den Kameraden von der Nachtsicht das Feld. Grüße fliegen hinüber und herüber, rauhe Scherz- und Neckworte dazwischen, dann fluten die beiden Ströme lebendiger Menschenkraft in ihrer Richtung ab, der eine zur Ruhe, der andere zum nächsten Werk.

Es ist ein überwältigendes Bild, auszuwenden, daß in der ganzen Welt sich dieses tägliche Ereignis des Kräftewechsels vollzieht. In ganz Deutschland verlassen zur bestimmten Stunde Millionen ihren Arbeitsplatz, der von neuen Millionen eingenommen wird. In England, Frankreich, Amerika ist es nicht anders.

Die industrielle Front löst sich ab. Ganze Armeekorps der Arbeit übergeben die Stellen und ziehen sich zu einer nur kurzen Ruhe zurück. Ungeachtet davon geht die Arbeit ihren Gang. Die Maschinen laufen pausenlos Tag und Nacht und werden niemals abgelöst. Der Krieg ist ein gewaltiger Motor von nie gezählten Pferdestärken. Ist er einmal angefahren, so läuft er Tag und Nacht, Sommer und Winter seinen Lauf und läßt sich nicht mehr anhalten.

Im Himmel glänzen die Millionen Sterne wie am ersten Schöpfungstag. Alle Häuser stehen dunkel bis auf die restlichen Balkone der Arbeit. In eine flut künstlichen Lichtes getaucht, leuchten sie als Inseln aus dem schwarzen Meer der Nacht. Von den Alpen bis zum Meer zieht sich diese leuchtende Schaar, und keine Phantastie reicht an die Wirklichkeit des Einbruchs, den die deutsche Nachtsicht erzeugen müßte, wenn ein Auge diesen Einbruch auf einmal fangen könnte.

An der Front flarren Millionen Augen in die Nacht, sehen Raketen und Leuchtkegel magische Kreise ziehen und das Wandlungsbild seiner Gesetze am Horizont blitzen. In der Heimat hängen Millionen Augen am verwirrenden Getriebe von Maschinenrädern, Kurbeln, Wellen und Riemen, die sich blitzend und sizzend um unsichtbare Achsen drehen. Funken stieben aus Stahl und Eisen und dumpfer Qualm verstreut den Wind. Draußen und drinnen denken die Millionen an einen Tag, der kommen muß und der diesen nächtlichen Spuk endet.

Erhöhung der Brot- und Mehlmengen.

Von Sonnabend, den 28. September ab dürfen auf die Brot- und Mehlmengen wieder die auf ihnen verzeichneten Brot- und Mehlmengen entnommen werden. Die auf die Brotkarte zu verabfolgende Höchstmenge an Brot beträgt also wieder 1900 Gramm oder, wahlweise, 1500 Gramm Brot und 250 Gramm Mehl. Die Zusatzbrotkarten für die arbeitende Bevölkerung werden vom 5. Oktober ab ebenfalls erhöht und zwar für die Schwerarbeiter von 500 Gramm auf 800 Gramm und für Minderarbeiter von 400 Gramm auf 500 Gramm.

Wir möchten zu dieser amtlichen Mitteilung bemerken, daß in den meisten deutschen Gemeinden die Brotration auf 1950 Gramm festgesetzt ist. In einer ganzen Reihe sächsischer Städte wurde sie sogar auf 2000 Gramm bemessen. Wie kommt es nun, daß die Lübecker Bevölkerung so benachteiligt wird? Es muß dringend gefordert werden, daß unsere Brotversorgung nicht schlechter ist als andersorts.

Weitere fleischlose Wochen!

Nach einer Mitteilung des Kriegsernährungsamts werden die fleischlosen Wochen im Oktober noch nicht ihr Ende erreichen, sondern auch im November, Dezember und Januar im bisherigen Umfang beibehalten werden. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

Weshalb höhere Kohlenpreise?

Die Kohlenpreise sind bekanntlich wieder erhöht worden. Verschiedene Ursachen trugen dazu bei: die Kohlensteuer, die erhöhten Betriebskosten, dann aber auch besonders die Sucht, größere Gewinne zu erzielen. Die Jechen schwimmen im Gelde. Sie könnten der Not des Volkes mehr Rechnung tragen und könnten doch dabei noch Kapitalien anammeln. Aber während andere ihren letzten Spargroschen längst verzehrt haben oder im Schlingengarten Gesundheit und Leben opfern müssen, wollen auch die Jechen neben den anderen Kriegsgewinnlern nicht zurückstehen. Sie wollen nun einmal die Konjunktur ausnützen.

Nun gibt es Kreise, denen diese Zusammenhänge wohl bekannt sind, die aber, wie bei allem, die Schuld wieder auf die Arbeiter abwälzen wollen. So brachte die „Deutsche Tageszeitung“ vor kurzem eine Notiz „Zur Erhöhung der Kohlenpreise“, die wie folgt eingeleitet war: „Infolge Steigerung der Bergarbeiterlöhne steht bekanntlich eine Erhöhung der Richtpreise des Rheinisch-westfälischen Kohlenpreiskomitees bevor.“ Daß es eine Folge der Steigerung der Bergarbeiterlöhne sein soll, wird noch geperrt gedruckt, wodurch die Tendenz der Notiz nur noch augenfälliger wird. Wie hoch die Durchschnittslöhne in den verschiedenen Bergbauregionen für das erste Quartal 1918 bemessen waren, geht

Der amtliche Kriegsbericht.

Ein schwerer Kampftag. Vor neuen Kämpfen.

W.B. Großes Hauptquartier, 27. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In der Champagne, zwischen den Höhen westlich der Suippe und der Aisne, sowie nordwestlich von Verdun, zwischen den Argonnen und der Maas haben Franzosen und Amerikaner gestern mit starken Angriffen begonnen. Der Artillerietampfbefehl über die Höhen westlich der Suippe in Westen des Rheins, über die Maas nach Osten bis zur Mosel aus. Dort folgten nur Teilangriffe. Sie wurden nach heftigen Kämpfen abgewiesen. Bei ihrer Abwehr östlich der Maas zeichneten sich auch österreichisch-ungarische Truppen aus.

In den Hauptangriffsfronten leitete gewaltiges Artilleriefeuer die Infanterieschlacht ein. Westlich der Aisne brach der Amerikaner unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen gegen unsere Stellungen vor. Befehlsgemäß wichen unsere Vortruppen kämpfend auf die ihnen zugewiesenen Verteidigungslinien aus. Bei Tahure und Ripont gelang es dem Gegner, bei seinen bis zum Abend fortgesetzten Angriffen über unsere vorderen Kampflinien hinaus bis auf die Höhen nordwestlich von Tahure, und bis Fontaine-en-Dormois vorzubringen. Hier regelten Reserven den örtlichen Einbruch des Feindes ab. Mit besonderer Stärke führte er seine Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen Meherive und südöstlich von Somme-gny. Sie brachen vor unseren Kampflinien unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Auch nördlich von Cernay scheiterten die bis zum Abend mehrfach wiederholten feindlichen Angriffe.

In den Argonnen schlugen wir Teilangriffe der Gegner ab. Zwischen den Argonnen und der Maas hielt der Feind über unsere vorderen Kampflinien hinaus bis Montblainville-Montfaucou und bis an der Maasbogen nordöstlich von Montfaucou vor. Hier brachten ihn unsere Reserven zum Stehen. Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie und vorderen Artillerielinien erreichen. Der mit weit gestreckten Zielen unternommene große französische und amerikanische Durchbruchversuch ist am ersten Schladttage an der Fähigkeit unserer Truppen gescheitert.

Neue Kämpfe stehen bevor.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

**Entsinnungen sind wohlfeil —
Worte erschüttern nur die Luft;
Erst die Tat zeigt den Wert!**
Deine Tat sei die „Neunte“!

aus einer Veröffentlichung des „Bergbauern“ hervort. Es werden reine Löhne von 6,67 und 6,23 Mk. im Kohlenbergbau Ober-schlesien, 6,08 und 6,27 Mk. im Salzbergbau des Bezirks Halle und Clausthal, 6,17 und 7,18 Mk. im Erzbergbau des linken rheinischen und Mansfelder Gebiets und 9,28 und 9,53 Mk. im Dortmunder Revier verzeichnet. Das sind gewiß keine Löhne, die eine Erhöhung der Kohlenpreise rechtfertigen, selbst wenn die Löhne noch wesentlich erhöht werden sollten. Es ist in Aussicht genommen, daß die Schichtlöhne nur allmählich langsam so steigen, daß im Durchschnitt bis Ende 1918 eine Gesamtsteigerung von 1 Mk. je Schicht erreicht wird. Dabei wird ausdrücklich betont, daß diese Lohnerhöhung nur unter der Voraussetzung erfolgt, daß nicht außergewöhnliche Ereignisse, insbesondere Störung durch Mangelmangel, Rückgang der Leistungen und dergleichen eintreten.

Solche tendenziösen Notizen, wie sie in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienen und von anderen reaktionären Blättern übernommen werden, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ möchte ja auch gar zu gern die unerhöht hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte auf die „hohen Löhne“ zurückführen. Die Tatsachen liegen aber doch so, daß nicht infolge von Lohnerhöhungen Preiserhöhungen vorgenommen werden müssen, sondern daß die Lohnerhöhungen eine unabwehrbare Folge der Preiserhöhungen sind.

Die Krankenversicherung in der Kriegszeit.

Das Reichsversicherungsamt hat neuerdings wieder einige Entscheidungen getroffen, die für die Durchführung der Krankenversicherung in der Kriegszeit von Bedeutung sind. Es hat z. B. ausgesprochen, daß Personen des Soldatenstandes, die zu einer an sich versicherungspflichtigen Tätigkeit kommandiert werden, nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Nach § 172 RVO. sind Personen des Soldatenstandes, auch wenn sie eine Tätigkeit, vielleicht als Vorbereitung zu einer bürgerlichen Beschäftigung ausüben, versicherungsfrei.

Nach einem Erlass des Kriegsministeriums ist allen zur Arbeit außerhalb des Dienstes beurlaubten oder kommandierten Militärpersonen ein Ausweis auszustellen, aus dem hervorgeht, ob es sich um Urlaub oder Kommando handelt. (Ersterenfalls liegt Krankenversicherungspflicht vor.) Diese Ausweise sind den Versicherungsinstituten gegenüber rechtsverbindlich. Nach einer anderen Entscheidung sind die den Angehörigen der Kriegsteilnehmer von Staat und Gemeinde gewährten Unterstützungen keine Armenunterstützungen. Sie begründen daher keinen Erbschaftanspruch an die Krankenkasse, wenn die unterstützten Angehörigen in irgendeiner Form Ansprüche an die Kasse haben.

Die Verjährungsfrist für den Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen, die an die Kasse irrtümlich gezahlt worden sind, ist durch Bekanntmachungen während des Krieges nicht verlängert worden. Die Frist beträgt nach wie vor zwei Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit. — Bleibt ein Kriegsteilnehmer freiwilliges Mitglied einer Krankenkasse, so erlischt die Beitragspflicht an die Kasse mit dem Tage, an dem er von der Militärbehörde oder vom Amtsgericht für tot erklärt wird. Sind Beiträge darüber hinaus gezahlt, so sind sie von der Kasse zurückzuführen, selbst wenn die Kasse Familienhilfe besitzt und über die bezeichnete Zeit hinaus ein Risiko getragen hat. — Ausländische Arbeiter, gleichviel welcher Art (auch beschäftigte Kriegsgefangene), sind jetzt der Krankenversicherungspflicht unterstellt. Waren dieselben aber schon vor Kriegsausbruch hier und auf Grund des § 418 RVO.

von der Versicherungspflicht befreit, so brauchen sie auch jetzt nicht zur Krankenkasse angemeldet zu werden. — Die in den häuslichen Lebensmitteln betriebenen (Verkaufsstellen, Kriegsküchen usw.) beschäftigten Personen unterliegen der Versicherungspflicht. — Die Einrichtung einer Kasse, wonach die zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder der Versicherung nur zu einem ermäßigten Beitrag fortsetzen können und nur beschränkte Ansprüche auf Familienhilfe haben, ist unzulässig. Jeder sich freiwillig fortversichernde Kriegsteilnehmer muß volle Ansprüche auf alle Krankenleistungen haben.

Neue Weizenmehlpreise. Von Sonnabend, den 28. September ab gelten im Kleinverkauf folgende Höchstpreise: für 1 Pfund Weizenmehl 36 Pfg., für 1/2 Pfund Weizenmehl 18 Pfg., für 1/4 Pfund Weizenmehl 9 Pfg.

Ueber Bergglaube, Träume und Traumbedeutung, Spiritismus, Hypnose und Telepathie sprach am Mittwoch im Marmorssaal Klebs Parzen vor einem sehr zahlreichen Publikum. Alle die von ihm behandelten Dinge sind vom Schleier des Geheimnisses umhüllt und viele Leute haben bekanntlich den Wunsch, einmal einen Blick in jenes dunkle Gebiet zu tun, das der Worttragende behandeln wollte. In seinen Ausführungen suchte Parzen den Hörern den Ursprung der Träume, der in nervösen und seelischen Zuständen begründet sei, klar zu machen. Er wandte sich gegen den Unfang der Traumbedeutung und warnte vor den Träumbüchern. Auf den Spiritismus übergehend, bezeichnete er die angebliche Verbindung der Medien mit den Geistern als Schwund, der in vielen Fällen entlarvt sei. Die „Kloppgeister“, die sich an den Tischen der Spiritisten bemerkbar gemacht hätten, seien auf natürliche Ursachen zurückzuführen. Nachdem Redner noch kurz die Suggestion, Autosuggestion und Hypnose erläuterte, allerdings ohne die Wahl von Manchem erhofften Experimente, ging er auf die Telepathie oder Gedankenübertragung über. Die von ihm hierbei gezeigten Experimente waren interessant und für viele verblüffend, so das Suchen und Finden einzelner versteckten Stellen im Krug eines der Zuschauer, was in ähnlicher Art von Parzen überall gezeigt wird. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden.

wh. Sanjatheater. „Die Gardasfürstin“ hat nun auch ihren Einzug im Sanjatheater gehalten und dort wieder ausverkauft Häuser erzielt. Die Aufführung verdient im großen ganzen die Zensur: gut. Das erste Lob holte sich Herr Geyer, der als Juri nach sich aber immerhin vor Uebertreibungen hüten muß. Die zweitbeste Leistung gab Herr Hardke als Prinz Edwin. Zu diesem Tenor darf man der Direktion gratulieren. Auch Schauspielerisch ist er gut. Herr Baumgarten gab sich als Graf von viel Mühe, ohne natürlich die Virtuosität eines Nidel zu erreichen. Trotzdem trug er zum Gelingen des Stückes wesentlich bei. Von den kleineren Rollen verdienen Herr Ahrens und Herr Engelmann genannt zu werden, die den Röhndorf und den alten Fürsten verkörperten. Von den Damen errang Fräulein Zimmann den Haupterfolg, die als Komtesse Staff sehr nett sang und tanzte, während Fräulein Liebig in der Titelrolle sich zu wenig weanerisch und nicht sehr genug gab. Die Leitung hatte Herr Kapellmeister Hirsch von der Hamburger Volksoper als Gast, der die Vorstellung trug und von dem zahlreichen Publikum besser gewürdigt zu werden verdient. Manche Leute wissen anscheinend nicht, daß auch die Musik zum Stück gehört.

Lübecker Erholungsheim im Westen. Man schreibt uns: Das Generallommando legt großen Wert darauf, daß das Heim so bald wie irgend möglich eröffnet wird, damit die Pfleger noch einen Teil der günstigen Jahreszeit genießen können. Es fehlt noch an manchem. Es regt die herzlichste Bitte: Spenden Rifen und sonstige geeignete Gegenstände so bald wie irgend möglich. Annahme Große Petersgrube 4 von 9-12 und 3-5 Uhr.

Stadttheater Lübeck. Die noch nicht eingelösten Abonnementkarten werden nur noch am Freitag, dem 27., und Sonnabend, dem 28. September, nachmittags von 5 bis 7 Uhr abgegeben. Ueber Karten, die bis dahin nicht abgeholt werden, wird anderweitig verfügt. Ein Neuaufbestellung ist ausgeschlossen.

Stadtdorf. Die ungenügende Versorgung der Kranken und kleinen Kinder ist ein besonders trübes Kapitel und die Klagen darüber mehren sich in den verschiedensten Orten des Fürstentums Lübeck. Mütter müssen sich für ihre Kinder abquälen und haben nichts zu essen. Eine Mutter landte an die Regierung folgendes Attest ein: „Dem Knaben Roger müssen Zwiebacke verabfolgt werden.“ Das Attest wurde nach acht Tagen zurückgeschickt mit dem Vermerk „ungenügend“. Auf der einen Seite wird verlangt, daß die Frauen recht viele Kinder in die Welt setzen, aber man gibt ihnen andererseits nicht die Möglichkeit, sie zu füttern. Wie lange soll das noch so bleiben? Von unserem Vortrage erwarten wir, daß er in Zukunft nicht wieder hochschwanger Arbeiterfrauen auffordert, Weizen zu sammeln, denn wenn sie das noch können, tun sie es schon von selbst. Die Regierung hat die Pflicht, für eine bessere Regelung der Lebensmittelversorgung zu sorgen. Wenn sie nicht zu helfen weiß, wäre es besser, sie machte einer anderen Platz.

Herrburg. Erschossen wurde vom Nachtmesser Bogt aus Herrburg ein unbekannter Mann, der in Gr. Wist Hüner gefangen haben sollte und mit der Bahn sich entfernen wollte. Seiner Verhaftung setzte er Widerstand entgegen, weshalb der Nachtmesser zum Revolver griff und einen Schuß auf ihn abgab, der ihn auf der Stelle tötete. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Altona. Erhöhung der Brotration. Es sollen von nächster Woche ab zur Verteilung gelangen 1800 Gramm Brot und 100 Gramm Mehl. — Erhöhung des Milchpreises. Die schon seit langer Zeit befürchtete Erhöhung der Milchpreise ist gestern in einer Sitzung der Lebensmittel-Kommission Gegenstand der Beratung gewesen. Der künftige Preis für Vollmilch wird von 40 Pfg. für das Liter auf 55 Pfg. heraufgesetzt. Der Zeitpunkt des Eintretens für die Milchpreiserhöhung ist nach Bedingung des Weidenganges, also etwa im Anfang November, angenommen worden.

Bremen. Beendeter Streik der Konfektionsarbeiterinnen. Der Streik der Schneiderinnen bei verschiedenen Konfektionsfirmen ist beendet; die Forderungen der Arbeiterinnen sind bewilligt worden.

Für unsere Feldgrauen.

Kriegsteuerzuschüsse.

Neben den Offizieren sind auch den verheirateten Unteroffizier-Kapitulanten des Friedensstandes ermäßigte Kriegsteuerzuschüsse bewilligt worden. Der Zuschuß beträgt 400 Mark und für jedes Kind 50 Mark. Unverheiratete Unteroffiziere erhalten nichts. Diesen Zuschuß erhalten aber nur die Unteroffiziere, die als Kapitulant bis jetzt dauernd im Dienst gewesen sind, also die Berufsunteroffiziere. Die Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes, auch wenn sie früher einmal kapituliert haben, fallen, dann aber ausgeschieden sind, haben auf die Zulage keinen Anspruch. Eine Ungleichheit, deren Beseitigung nicht einzusehen ist, besteht darin, daß Offiziere des Beurlaubtenstandes auf Antrag die Kriegsteuerzuschüsse für Offiziere erhalten können, ebenso die aus dem Beurlaubtenstand hervorgegangenen Heeresbeamten. Wenn man schon den ungleich höher bezahlten Offizieren des Beurlaubtenstandes die Möglichkeit bietet, in den Genuss der einmaligen Kriegsteuerzuschüsse zu kommen, dann ist nicht einzusehen, weshalb diese Möglichkeit nur auf die Offiziere beschränkt sein soll.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böwrat, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark, Druck: Friedr. Meyer & Co. Lübeck.

Was hat die Reichstagsfraktion für den Frieden getan?

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gibt folgenden Bericht über die sozialdemokratische Reichstagsarbeit 1917/18 heraus. Die Uebersicht soll nicht, wie in der Schlufbemerkung ausdrücklich betont wird, an die Stelle des eigentlichen, an den Parteitag zu erstattenden Berichts der Fraktion treten, sie soll ihn nur vorläufig ersetzen, da während des Krieges die Parteitage nicht alljährlich stattfinden. In der Form und der Anlage weicht deshalb diese Uebersicht von dem offiziellen Bericht ab; sie spiegelt nicht die gesamte Tätigkeit der Fraktion wider, sondern sie greift nur die wichtigsten Kapitel heraus und behandelt sie in zusammenfassender, allgemeinerer Weise.

Der Zweck der Schrift soll sein, den Parteigenossen ein schnell übersehbares Gesamtbild der Tätigkeit der Fraktion zu geben. In besonderem Maße und mit regem inneren Interesse nehmen die Genossen Anteil an den Verhandlungen des Reichstages. Nicht immer werden sie von vornherein mit dem Verhalten der Fraktion einverstanden sein. Das ist schon in Friedenszeiten unmöglich, noch weniger kam es in der gegenwärtigen Kriegszeit mit ihrer stürmischen Unruhe, ihrem schnell wechselnden politischen Bewußtsein, zugleich aber auch mit ihrer Behinderung der freien Meinungsäußerung der Fall sein. Die Entscheidungen der Fraktion werden deshalb in den Kreisen der Genossen lebhaft erörtert und umstritten. Da werden sie eine übersichtliche Darlegung der Hauptarbeiten der Fraktion und ihrer Beweggründe für die einzelnen Entscheidungen gern begrüßen. Die Reichstagsfraktion ist davon überzeugt, daß die Genossen nach gründlicher und nachdenklicher Durchsicht dieser Schrift das Verhalten der Fraktion richtig beurteilen und sich mit ihrer kritischen wie positiven Tätigkeit völlig einverstanden erklären werden.

Wir müssen uns Raum mangels halber zunächst auf Wiedergabe des Kapitels, welches das A und O aller Streitfragen innerhalb der Partei behandelt: „der Friedenspolitik der Fraktion“ beschränken.

Die Friedenspolitik der Fraktion.

Ihre wichtigste Aufgabe sah die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Parlamentsjahre 1917/18 ebenso wie in den vorhergegangenen Kriegsjahren darin, durch eine klare und unzweideutige Politik der Herbeiführung des Friedens zu dienen. Dabei war sich die Fraktion darüber klar, daß ihre Politik einerseits wohl den jeweiligen Erfordernissen der politischen Lage gerecht werden müsse, andererseits aber doch niemals ihre Durchsichtigkeit und Gradlinigkeit verlieren durfte, wenn sie bei den Massen des deutschen Volkes Verständnis finden sollte. Die Fraktion glaubt in letzterer Beziehung durch die beiden Volksurteile, wie sie sich aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen in Niederbarnim und Zwickau ergeben, ergeben, in vollem Maße gerechtfertigt worden zu sein.

Die Bewilligung der Kriegskredite.

Dem Frieden diene die Fraktion zunächst und am unmittelbarsten dadurch, daß sie die für die Verteidigung des Landes notwendigen Mittel bewilligte. Das wird der Fraktion von den unabhängigen Sozialdemokraten als schwerste politische Pflicht angerechnet. Gewiß wäre es denkbar, daß ohne die Bewilligungen der Fraktion vielleicht schon da wäre. Aber das wäre nur ein Gewaltfrieden auf Kosten Deutschlands geworden, ein Frieden, wie ihn Deutschland schon am 4. August 1914 hätte haben können, ein Frieden, der Deutschland in die Hände der Entente gegeben und der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft des Reiches das Rückgrat gebrochen hätte, ein Frieden, der gerade deshalb auch für die deutsche Arbeiterklasse unannehmbar ist. Die deutsche Sozialdemokratie will keinen Gewaltfrieden, weder durch Deutschland auf Kosten eines der feindlichen Länder, noch durch die Entente auf Kosten Deutschlands. Jeder Gewaltfrieden birgt den nächsten großen Krieg in seinem Schoße. Darum kann nur ein Frieden der Verständigung und der Versöhnung das Ende des furchtbaren kriegerischen Ringens bilden.

Zu einem Verständigungsfrieden ist Deutschland seit langem bereit; die deutsche Sozialdemokratie vom ersten Tage des Krieges an; dank ihrer unermüdeten Arbeit im Innern aber auch seit gesaunter Zeit die deutsche Regierung und die großen Mehrheitsparteien des Reichstages. Die Regierung hat seinerzeit im Dezember 1916, den feindlichen Ländern zum erstenmal die Friedenshand entgegengetreckt, die aber leider von der Gegenseite zurückgewiesen worden ist. Die große Mehrheit des Reichstages hat durch die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 ihrerseits den feind-

Willen zu einem Verständigungsfrieden ohne Vergewaltigungen, ohne gewaltsame Eroberungen und ohne Kriegsentfesselungen zum Ausdruck gebracht. Auch auf diese Bereitwilligkeit ist keine andere Antwort erfolgt, als ablehnender Spott und Hohn und neue ungeheuerliche Rüstungen an Menschen und Kriegsgerät. Noch immer will die Entente Deutschland niederringen, ihm den Fuß auf den Nacken legen, seinen „Militarismus“ ausrotten, Süddeutschland von der deutschen Erde abreißen und die deutschen Kolonien für sich behalten.

Unter solchen Umständen hielt es die sozialdemokratische Fraktion für ihre selbstverständliche Pflicht, die von der Regierung für die Fortsetzung des Krieges geforderten Mittel zu bewilligen.

Aber die Fraktion hat das niemals blindlings und in kritikloser Hurra Stimmung getan. Sie hat vielmehr jedesmal die Gelegenheit einer neuen Kreditvorlage benutzt, um die gesamte innere und äußere Lage Deutschlands zur Erörterung zu stellen und

Ohne Zeitung

kann heutzutage kein vernünftiger Mensch auskommen. Je schwerer die Zeit, desto notwendiger eine Presse, die für die breiten Massen der Bevölkerung eintritt.

Der „Volksbote“ hat unermüdet auf dem Gebiete der Volksernährung die

Interessen der Volksmasse.

vertreten. Auch der Friede wird das deutsche Volk nicht sofort von seinen Nahrungsorgen befreien. Da brauchen die Volksmassen ein Blatt wie den „Volksboten“.

Ueberhaupt wird auch die Zeit nach dem Frieden dem deutschen Volke ungeheure Aufgaben stellen.

Die Lasten, die infolge des Krieges zu tragen sein werden, dürfen nicht einseitig den breiten Massen auferlegt werden. Ein Ausbau unserer Sozialpolitik ist dringend notwendig, um die Wunden einigermaßen zu heilen, die der Krieg unserer Volkskraft und Volksgeundheit geschlagen hat. Große Kämpfe werden entbrennen um die Arbeitsverhältnisse und um die

Neugestaltung der innern politischen Verhältnisse.

Deshalb bedürfen die Volksmassen einer Presse, die unermüdet ihre Rechte und Interessen wahrnimmt. Werbt aus diesen Gründen für den

„Lübecker Volksboten.“

die Regierung zu Auskünften eingehendster Art zu veranlassen. So wie aus solchen Erörterungen im Juli 1917 die Krise entstand, die zur Friedensunterbrechung des Reichstages und den damit in Verbindung stehenden Umgestaltungen in der Regierung führte, wodurch wiederum der Anfang zur Parlamentarisierung Deutschlands bewirkt wurde, so erzog die sozialdemokratische Fraktion auf solche Weise im Juli 1918 das Erscheinen des Reichstages vor dem Hauptausbruch und seine bedeutenden Erklärungen über Belgien. Erst nachdem sich die Fraktion durch solche Erörterungen jedesmal erneut davon überzeugt hatte, daß der Krieg noch wie vor ein Verteidigungskrieg ist, und annexionsmäßige Tendenzen für die Politik der Kriegführung nicht maßgebend sind, stimmte sie den geforderten Krediten zu.

In seiner Rede am 1. Dezember 1917 erklärte Genosse Ebert namens der Fraktion:

„Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der freundschaftlichen Welt freudig begrüßt worden. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges,

den ersten ernstlichen Schritt zum Weltfrieden. Ebenso freudig werden die schwer blutenden Völker die klare Antwort des Herrn Reichskanzlers und der Regierung von Oesterreich und Ungarn auf dieses Angebot aufgenommen haben.

Mit besonderer Betonung hat der Herr Reichskanzler in seiner Erklärung vom Mittwoch hervorgehoben, die Zukunft von Polen, Anland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen werden.

Diese Erklärungen der Reichsregierung begrüßen wir mit Genugtuung. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir deshalb auf das bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen streng im Sinne und Geiste dieser Erklärungen führt. Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unseres Erachtens nicht gerüttelt werden darf.

Lloyd George und Clemenceau wollen keine Verständigung, sie wollen den Krieg bis zum Ende. Sie haben das erste Friedensangebot des russischen Demokraten beiseite geschoben, sie haben erneut zur Fortsetzung der Megelei aufgerufen. Ueber ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch erst kürzlich noch zynisch mit der Verneinung des deutschen Handels der Lebensdauer unserer Volkswirtschaft, gedroht.

Dieses Verhalten der Regierungen Englands und Frankreichs zwingt uns nach wie vor, zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu halten. Deshalb stimmen wir den geforderten Kriegskrediten zu.

Am 22. März 1918 nahm Ebert bei der Beratung der Kriegskredite ebenfalls Bezug auf die in der Entwicklung begriffene Regelung der Steuern und verpflichtete den Reichskanzler erneut, sich durch keinerlei Widerstände von der restlosen Erfüllung der von ihm den Völkern in Polen, Litauen und Anland gegenüber übernommenen Verpflichtungen abhalten zu lassen. Ebert sah in der Antwort des Reichskanzlers auf die Vorherrschaft Wilsons einen ersten Schritt zur Verständigung, während umgekehrt die Reden der englischen, französischen und italienischen Staatsmänner keinen Zweifel an der Aufrechterhaltung der sattham bekannten Kriegsziele der Entente ließen. Unter diesen Umständen befinden sich unter Land nach Westen hin noch immer in der Verteidigung gegen zahlenmäßig weit überlegene Feinde, weshalb die Fraktion die Kredite bewilligte. Zum Schluß deutete der Fraktionsredner auf die damals nicht bestehende große deutsche Offensivkraft hin und bemerkte dazu:

„Dennoch ist unseres Erachtens unabwendbare Pflicht der Reichsregierung, sobald sich im Westen eine Verständigungsmöglichkeit zeigt, die den Lebensinteressen unseres Landes gerecht wird, alles zu tun, um der gequälten Menschheit endlich den langersehnten allgemeinen Frieden zu geben.“

Bei der Kreditberatung am 13. Juli 1918 erklärte Genosse Ebert, daß die deutsche Regierung erneut ihre Friedensbereitschaft bekundet hätte:

„Wohl gibt es in Deutschland einflußreiche Kreise, die vom Wahne der Eroberung befangen, durch Aufstellung phantastischer Kriegsziele den Kriegstreibern der Entente Vorstoß leisten. Aber diese Kreise sind nicht das deutsche Volk! Daß die Politik der deutschen Annexionsisten nur eine kleine Minderheit unseres Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde unzweifelhaft werden, in der die Völker der Entente Staaten ihre Regierungen dazu bewegen, sich auch ihrerseits zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität bereit zu erklären. Nach einem Worte einer solchen Bereitwilligkeit würde das deutsche Volk nimmermehr dulden, daß Friedensverhandlungen an Eroberungsforderungen oder irgendwelcher politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Vergewaltigungsansprüchen scheitern.“

Aber die Regierungen und Parlamente und leider auch die Vertreter der Arbeiterparteien in den Entente Staaten hätten bisher eine solche Friedensbereitschaft verweigern lassen. Demgegenüber hätten wir zu erklären:

„Wir entschwinden, keine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabwürdigende Bedingungen wird das deutsche Volk niemals eingehen! Es will den ehrenvollen Frieden für alle! Da die Gegner nur einen solchen Frieden bis auf den heutigen Tag verweigern, so werden wir auch diesmal die Mittel bewilligen, die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind.“

Der Vloed der Mehrheitsparteien.

Ein weiteres wichtiges Mittel zu unserer Herbeiführung des Friedens bestand für die Fraktion in der dauernden nachdrück-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

10. Fortsetzung.

„Die Dummköpfe!“ sagte er, indem er mit einer hochmütigen Bewegung seines Kopfes auf einen Tisch zeigte, an dem Leute saßen, die ihn offenbar erkannt hatten und die nun, die Köpfe zusammenstehend, miteinander tuschelten. „Nicht starren sie mich noch an! Wollen Sie wetten, daß ich sie in einigen Monaten dahin bringe, mich zu grüßen?“

Er dämpfte seine Stimme und sprach mit der Miene eines Menschen, der in seine eigenen Worte verliert ist, von seinen Plänen.

Was er erstrebte, war vor allem eines: viel Geld zu erwerben. Nicht aus Habgier stellte er sich dieses Ziel, nicht weil ihn eine schmutzige Neigung zum Gelde hindrängte, — nein, nur um sich und der Welt zu beweisen, wie hoch ein Mensch, der hartnäckig, sich und fast seinen Willen auf ein einziges Ziel eingestellt habe, gehen könne.

Am seinen Mund lag, während er so sprach, ein Zug bitterer Härte. Wieder mußte er mit einem Spott, der in sich selbst verfaßten sah, die Leute ringsum.

Nein, es gab nichts, nicht das geringste mehr, das ihn noch mit ihnen verband. Er stand allein. Und er wollte allein stehen, denn er wußte, daß genug Kraft dazu in ihm war. Und diese Kraft verdankte er dem Gefängnis, das ihm die vier nächstjährigen Lehrtage seines Lebens geliefert und in dem er zudem den einzigen Menschen kennen gelernt hatte, der ihm Respekt einflößte.

Er bedeckte das Gesicht mit beiden Händen, als denke er an gestrenge nach. Und seine Stimme war völlig verändert, als er dann sagte: „Können Sie es sich vorstellen, daß es einen Menschen gibt, der, um ein Ziel zu erreichen, zwölf Jahre Gefängnis in Kauf nimmt? Und der die Kistenkraft in sich spürt, diese Strafe ungeschoren zu überstehen? Der Stunde zu Stunde, Woche zu Woche legt, der die Wochen zu Monaten formt und die Monate zu Jahren und der dann zählt: noch elf Jahre, noch acht Jahre, nur noch sechs, nur noch vier Jahre. — Und der warten kann? Immerzu warten?“

Er machte eine haßerfüllte Geste. „Einen solchen Mann kenne ich. Ich habe mit ihm im Gefängnis gelebt, und ich habe es von ihm gelernt, Geduld zu haben und zu warten. — Und wissen Sie was ihm die Kraft gibt, so lange geduldig zu sein? Der Haß! Der Haß, den jeder Gefangene gegen die in sich trägt, die in Freiheit leben dürfen. Und mit dem er den Tag erwartet, an dem er sich rächen kann!“

„Rächen? An wem?“ In der Stimme des Geschäftsführers klang das geheime Widerstreben des gegen den Staat gerichteten

Bürgers, der seine ererbten Ideale gegen den brutalen Einbruch eines Fremden verteidigen möchte.

„An wem? An der Welt! An der ganzen Welt, die kein Feind ist und die er haßt!“

„Wie?“ fragte mit dem sanften Augenausschlag des Biedermannes der Geschäftsführer. „Was kann die Welt dafür, daß einer bestraft wird, der sich gegen die Geseh: vergangen hat?“

„He? Wer hat denn den einen dazu getrieben, sich gegen die sogenannten Geseh: zu verzeihen?“

„Die Welt?“

Die Augen Reisers verdrehten sich auf höchst merkwürdige Weise, so daß man einen Moment nur das Weiße in ihnen sah. „Ja, die Welt! Sie war es, nur sie! Denn alles, was einen dazu treibt, etwas zu tun, was gegen die Geseh: verstoßt, liegt in der Welt, liegt in jedem einzelnen Menschen darin! Niemand tut etwas, was auch nicht ebenjagut ein anderer tun könnte! Und doch lehnen sie alle immer gegen den einen, der der zufällige Täter ist, in blindem, ewigen Haß!“

Mit einem Seitenblick auf die Tür, die sich geöffnet hatte, unterbrach er sich plötzlich. Sein Gesicht verzog sich zu einem häßlichen Lachen. Er ließ seinen Begleiter höflich an. „Sehen Sie! Kennen Sie die beiden?“

Der Geschäftsführer hatte nicht Zeit zu antworten, denn die beiden, die stehen eingetreten waren, ein Mann und eine junge Frau, näherten sich jetzt der Mitte des Lokales.

Der Geschäftsführer war rot geworden, machte den Versuch, sich abzuwenden, erhob sich aber dann doch und grüßte.

Beide dankten, der Mann mit einem Nicken, die junge Frau mit einem leichten Neigen des Kopfes, bis sie mit einem Male in ein verzerrtes Antlitz sahen, das sie regungslos anstarrte.

Die junge Frau stieß einen leisen Schrei aus.

Ihr Mann nickte sie schnell und wollte sie lächelnd beruhigen.

Doch sie klammerte sich zu Tode erschreckt mit beiden Händen an ihn und drängte ihn nach dem Ausgang zu, wo ein Kellner, der den Vorgang beobachtet hatte, ihnen rasch die Tür öffnete und sie distret wieder hinter ihnen schloß.

Reiser warf den Kopf hoch, lachte hart und sagte so laut, daß man es an dem herabstürzenden Tische hören konnte: „Ja, das war einmal meine Braut!“

„Schweigen Sie!“ räumte ihm der Geschäftsführer zu, noch immer bemüht, einen Akttritt zu vermeiden. „Schweigen Sie, man ist auf uns aufmerksam geworden!“

„It man das? Wir gleich!“

„Ich bitte Sie.“

Reiser schlug mit der geballten Faust auf den Tisch. „Wollen Sie schweigen?“, sagte er, Sie Schweigen.“

Der Geschäftsführer pochte mit einem Geldstück auf den Tisch und rief angstvoll: „Zahlen!“

Man hörte das Rücken von Stühlen, einige Gasse erhoben sich und reckten die Köpfe, andere lachten, aus einer Ecke kam der Ruf: „Unverschämtheit!“

Drei Kellner waren an den Tisch herangeeilt, umstanden ihn und zeigten eine drohende Miene. „Zahlen?“ fragte wenig Respektlos der eine.

Reiser warf ein Geldstück auf den Tisch, stand auf, ließ mit dem Fuß den Stuhl heftig zurück und zischte halblaut: „Geht!“ vor sich hin.

Draußen in der frischen Luft entblöhte er den Kopf und fuhr sich mit der Hand über die feuchten Haare. Ein Gefühl der Scham und Verachtung würgte ihn. Sein Wunsch war es, die Welt zu vergiften, und doch lähnte ihn eine dumpfe Angst vor dieser Welt.

Der Geschäftsführer schritt neben ihm einher und versuchte es, ihn zu trösten. Der Unterton seiner Worte war Freude, Schadenfreude über die Niederlage des andern, der sich damit gebrüht hatte, der Welt überlegen zu sein.

Nein, niemand war der Welt überlegen, in der Welt hing der eine vom andern ab, ein jeder brauchte den Nachbar, der je im Grunde gar nicht so böse und rachsüchtig war, wenn man ihn nur zeigte, daß man sich der Allgemeinheit fügte! Die Allgemeinheit! Sie war es, die man bei allem, was man tat, vor Augen haben mußte. Man mußte immer in Reih und Glied marschieren, durfte nie so anmaßend sein, sich abheben zu heben. Und gar gegen den Strom konnte niemand schwimmen!

Reiser verglich die Worte, die er da hörte, mit denen, die der alte Justizrat zu ihm gesagt hatte, und lachte laut auf. Es gelang ihm allmählich, ruhiger zu werden, und er schante sich nur noch ein wenig. Wie dumm war es von ihm gewesen, zu zeigen, was er fühlte, ja überhaupt zu fühlen! Was gingen ihn die Menschen an, da er nichts mehr mit ihnen gemein haben wollte? Nein, er marschierte nicht in Reih und Glied, er ging abwärts, und er würde es noch erleben, daß die anderen, die ihn heute noch verachteten und die glaubten, ihn ducken zu können, ihm nachliefen!

Er schämte sich mit einem Male auch dessen, daß er diesen Mann da, der künftig auch nur noch ein gefügiges Werkzeug in seinen Händen sein sollte, so offen gezeigt hatte, wie er über ihn dachte.

Immer aufs neue drängte sich ihm die Ueberzeugung auf, daß die Lüge, in die man sich der Welt gegenüber stülpte, nicht notwendig Schwäche sein mußte, daß sie im Gegenteil eine Stärke sein konnte, gegen die die Menschen machtlos waren.

Fortsetzung folgt.

